einzelverkaufspreis 1,50 DM incl. 5,5% mwst.

# Informations-Dienst



## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 79 10.5.1975

INLAND



AUSLAND



ERKLÄRUNGEN



DOKUMENTE




herausgeber:
frankfurter informations-dienst e.v.
6 frankfurt 90
hamurger allee 45
tel. 0611/704 352

neues pschkto.:
frankfurter informations-dienst e.v.
6 frankfurt 90
ktonr. 52 52 28-602

verantw. redakteur:
w. spruck
6 ffm, karbenerstr. 1

redaktionsschluß:
freitag 20 uhr

kontaktzentren:

2 hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 44 4o o3

463 bochum-querenburg
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 7o 23 36

5 köln
pol. buchladen
zülpicherstr. 197
tel. 44 61 71

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 2o

8 münchen
basis buchhandlung
adalbertstr. 41 b
tel. 28o 95 22

schweiz: eco libro
8oo4 zürich
engelstr. 62
tel. o1391267

monatsabonnement:
6.- dm gegen vorkasse

BOCHUM (ID)
6. mai

## 12 SITZE FÜR LISTE 2 NACH OPEL-BETRIEBSRATSWAHLEN

die betriebsratswahlen bei opel in bochum, die am 6. mai zu ende gingen, brachten der liste 2 (liste für die belegschaftsforderungen) 12 sitze (früher 5). von den 15 104 wahlberechtigten nahmen 12 668 an der wahl teil (83,9 % der belegschaft). drei listen hatten sich zur wahl gestellt: die liste der ig metall (liste 1), die liste für die belegschaftsforderungen (liste 2) und die dritte liste unter führung eines dag-mannes, auf der auch arbeiter kandidierten. es entfielen jeweils

auf die liste 1 : 6701 stimmen (52,8 %), sitze : 18 arbeiter, 5 angestellte
auf die liste 2 : 4601 stimmen (36,3 %), sitze : 12 arbeiter
auf die liste 3 : 945 stimmen ( 7,4 %), sitze : 2 arbeiter
423 stimmen blieben dabei ungültig.

die liste für die belegschaftsforderungen hatte bei der letzten betriebsratswahl im jahr 1972 1949 stimmen (14%) und dadurch 5 plätze im betriebsrat erhalten. danach wurden die fünf aus der ig metall ausgeschlossen. vier von ihnen sind erneut in den betriebsrat gewählt worden. (siehe dazu im dokumententeil "unser programm"-forderungen der liste 2, und : "an die belegschaft- keine stimme den spaltern")

ERWITTE (ID)
3. mai

## ERFOLG IN ERWITTE - STREIK GEHT WEITER

nach 53 tagen ihrer besetzung des zementwerkes seibel & söhne in erwitte haben die teils fristgerecht, meist fristlos entlassenen belegschaftsmitglieder einen ersten erfolg errungen. das paderborner verwaltungsgericht entschied am 30. april: "es wird festgestellt, daß die arbeitsverhältnisse durch die ausgesprochenen kündigungen nicht aufgelöst worden sind. die kosten des verfahrens trägt die beklagte firma". die besetzung des werkes wurde daraufhin aufgegeben, bis zur endgültigen entscheidung wird es jedoch weiterhin bestreikt. 25 000 dm aus dem mittlerweile auf 75 000 dm angewachsenen solidaritätsfond sind jetzt ausgezahlt worden: pro arbeiter 120 dm, pro kind 50 dm. größere summen flossen anläßlich der großen mai-kundgebung in die streik-kasse.

ERWITTE (ID)
7. mai

## REDE ZWEIER LIP-ARBEITER AUF DER MAI-KUNDGEBUNG IN ERWITTE

liebe kolleginnen und kollegen, liebe genossen!
wir sind heute unter euch, weil die arbeiter von lip dieselben probleme wegen der arbeitsplätze hatten, wie ihr sie jetzt durchstehen müßt. deshalb bringen wir euch auch unsere brüderliche unterstützung für euren beispielhaften kampf. ob es nun in deutschland oder in frankreich ist; die arbeiter haben dieselben probleme mit der sogenannten 'ökonomischen krise'. warum? wir leben im gleichen kapitalistischen system, wo es die politik der multinationalen konzerne gibt. deshalb: die gleichen ungerechtigkeiten, die gleichen konsequenzen. die unternehmer, die uns wie eine ware betrachten, entlassen uns, nachdem sie ein maximum an profit aus uns herausgepresst haben. sie entlassen uns, wenn sie wollen und verlagern ihr kapital in neue anlagebereiche. für uns alle bedeutet die entlassung:
- einen angriff auf die freiheit der arbeiter und auf unsere menschenwürde
- eine berufliche dequalifizierung
- oft den zwang, einen neuen arbeitsplatz in einer anderen gegend finden zu müssen
- eine steigerung der arbeitslosenzahl, die mit einem druck auf die lohnhöhe der anderen arbeiter verbunden ist.

diese situation ist kein schicksal. ihr arbeiter von erwitte beweist das heute. nur durch euren kampf könnt ihr die unternehmer-entscheidung rückgängig machen. um zu siegen, brauchen wir die breite einheit der kämpfenden arbeiter. dem unternehmer ein nein sagen und zum angriff übergehen, das haben wir arbeiter von lip auch getan. bei uns verlangte der unternehmer 500 entlassungen auf einmal, um sein unternehmen zu retten, wie er sagte, durch unsere massive teilnahme haben wir nach 20 monaten des kampfes bewiesen, daß der arbeitsplatz für alle gesichert werden konnte.
folgendes ergebnis haben wir erreicht:
alle arbeiter haben ihren arbeitsplatz behalten und zwar ohne dequalifizierung und ohne lohneinbußen.
für uns und die gesamte arbeiterklasse ist das ein totaler sieg.
wenn ihr euren kampf in die bevölkerung tragt, wie wir bei lip, werdet ihr durch mut und standfestigkeit siegen!!!
es lebe der kampf der arbeiter von erwitte!!! es lebe die internationale solidarität der arbeiterklasse !!!
wir überreichen dem betriebsratsvorsitzenden der erwitter kollegen - stellvertretend für alle lip-arbeiter - eine in unserem werk hergestellte uhr.

man muß dazu sagen, daß bei uns präzisionsuhren hergestellt werden, und diese uhr dazu dienen soll, daß die kollegen von erwitte genau feststellen können, wann die stunde für franz-clemenz seibel geschlagen hat.

KALLETAL-KALLDORF (ID)
6. mai

## DEMAG: WERK KALLDORF WIRD GESCHLOSSEN

die seit einigen monaten geplante stillegung des werkes kalldorf (kreis lippe) der DEMAG kunststofftechnik, das die belegschaft im märz zwei tage lang besetzt gehalten hatte, läßt sich nach ansicht der fir-

menleitung nun doch nicht länger vermeiden. in einer erklärung der konzernleitung heißt es, man könne den betrieb aus wirtschaftlichen gründen nicht weiterführen, da sich die marktlage für kunststoffmaschinen weiter verschlechtert habe. die DEMAG hatte das zweigwerk 1969 gekauft. es hatte damals einen marktanteil von 40 %. noch im januar 1975 war dem betriebsrat erklärt worden, das werk arbeite rentabel. jetzt wurde er von der geschäftsleitung aufgefordert, sich nach dem scheitern der vermittlungsbemühungen des landesarbeitsamtspräsidenten an einer "einigungsstelle" zu beteiligen. ziel soll die erstellung eines "interessenausgleichs" und eines "sozialplans" sein. in der 1500-köpfigen gemeinde kalletal-kalldorf gab es bisher eine arbeitslosenquote von 6 %. durch die schließung des werkes wird sie auf 15 % erhöht.

KÖLN
april 75

## NEUE PARTEI-INITIATIVE GEGRÜNDET

in köln hat sich eine "initiative partei der arbeit" (ipda) gegründet. die ipda hat sich entwickelt aus einer kommunistischen initiativgruppe in köln, die die zeitung "der klassenkampf" herausgibt. die ipda befindet sich in der diskussion mit dem kommunistischen arbeiterbund und dem arbeiterbund zum wiederaufbau der kpd in münchen. neben der herausgabe der zeitung arbeiteten mitglieder der initiative in betrieben und kandidierten bei den betriebsratswahlen bei ford in köln. kontakt über: "freies buch", 5 köln 1, friedrichstraße 12 (siehe gründungserklärung auf seite 12)

BERLIN (ID)
6. mai

## GEWERKSCHAFTSAUSSCHLUß GEGEN 1. VORSITZENDE DER ÖTV - ABTEILUNG SOZIALARBEIT - BEANTRAGT

auf seiner sitzung am 7. april 1975 beschloß der ötv-bezirksvorstand berlin ein ausschlußverfahren gegen die 1. vorsitzende der abteilung sozialarbeit, heidemarie bischoff-pflanz, wegen gewerkschaftsschädigendem und satzungswidrigem verhalten beim hauptvorstand der ötv in stuttgart zu beantragen. mit der einleitung des ausschlußverfahrens erhielt sie gleichzeitig hausverbot und die mitteilung, daß ihre mitgliederrechte und pflichten bis zur endgültigen entscheidung ruhen. antragsteller war der 1. mai-reder der ötv und betriebsratsvorsitzende der berliner verkehrsbetriebe (bvg) harro sachße.

willkommener anlaß für die einleitung des ausschlußverfahrens war die weigerung von heidemarie bischoff-pflanz als versammlungsleiterin zweier mitgliederteilversammlungen am 17. und 24. märz 1975 zwei anwesende ötv-mitglieder, gegen die ein ausschlußverfahren wegen kpd-angehörigkeit läuft, von den versammlungen auszuschliessen. obwohl das bezirksvorstandsmitglied ingo hinz und die geschäftsführer der abteilung sozialarbeit iris hoppe und hans werk, die als hauptamtliche funktionäre das hausrecht haben, anwesend waren, wurde heidemarie bischoff-pflanz aufgefordert, das hausverbot durchzusetzen. dieser aufforderung widersetzte sie sich mit der begründung, daß von laufenden ausschlußverfahren betroffene kollegen immer noch mitglieder der ötv sind und zumindest als gäste an gewerkschaftlichen veranstaltungen teilnehmen können. die etwa 120 anwesenden mitglieder schlossen sich ohne gegenstimme dieser auffassung an und die mitgliederversammlung wurde, allerdings ohne die hauptamtlichen funktionäre, wie vorgesehen, durchgeführt.

die parteilose heidemarie bischoff-pflanz ist seit 1963 aktiv in der gewerkschaft ötv tätig und gehört seit acht jahren dem linksorientierten vorstand der abteilung sozialarbeit an, seit drei jahren als dessen 1. vorsitzende. die abteilung sozialarbeit in der ötv berlin mit etwa 1500 mitgliedern (sozialarbeiter, erzieher, kindergärtnerinnen) ist, z.b. im gegensatz zu den abteilungen stadtreinigung und berliner verkehrsbetriebe (bvg), eine relativ kleine abteilung, die jedoch durch ihre aktivitäten, die sich nicht nur auf die übliche tarifpolitik beschränken, dem bezirksvorstand der ötv berlin und dem senat von berlin ein dorn im auge ist. mit diesem ausschlußverfahren soll einer aktiven, kritischen gewerkschaftsarbeit die spitze abgebrochen werden, politisch aktive mitglieder sollen eingeschüchtert werden; die friedhofsruhe früherer jahre soll wiederhergestellt werden.

heidemarie bischoff-pflanz schrieb nach bekanntwerden des ausschlußverfahrens an den "werten kollegen hackbarth " von der ötv: "voller empörung erhielt ich heute dein schreiben, dem ich entnehme, daß der bezirksvorstand gegen mich ein ausschlußverfahren beantragt hat. zunächst möchte ich zur form des briefes etwas sagen. ich kenne so etwas aus dem buch 1984. dort wird man erst geschätzt und urplötzlich, wenn man in ungnade gefallen ist, zur unperson erklärt. ich bin seit 1963 mitglied der ötv, bin u.a. im 8. jahr im vorstand der abteilung sozialarbeit und habe mich immer für die ziele der einheitsgewerkschaft eingesetzt. nun werde ich plötzlich mit "sie" angesprochen, erhalte hausverbot und werde noch nicht einmal zu den unglaublichen vorwürfen gehört, bevor ein derartiger beschluß gefasst wird. ich werde meine ausführliche stellungnahme bis zum von dir genannten termin abgeben.

am 7.4. beschloß der ötv-abteilungsvorstand sozialarbeit: "der abteilungs-vorstand spricht seiner 1. vorsitzenden, der kollegin heidi bischoff-pflanz, sein volles vertrauen aus für ihr verhalten in den teilvollversammlungen der abteilung sozialarbeit am 17. und 24. märz 1975, weil sie ihr amt als versammlungsleiterin entsprechend dem willen der anwesenden ötv-mitglieder unbeirrt ausgeübt hat. gleichzeitig spricht der abteilungsvorstand den geschäftsführenden vorstandsmitgliedern, den kollegen reckel und borries, sein mißtrauen aus".

am 27.4. legte heidemarie bischoff-pflanz gegen den beschluß des bezirksvorstandes einspruch ein. solidaritätserklärungen an: ötv-berlin, 1 berlin 15, joachimstaler str. 20
durchschrift an: heidemarie bischoff-pflanz, 1 berlin 41, fregestr. 76

BERLIN (ID)
9. mai

## ZUSAMMENSCHLUẞ VON ARBEITSLOSEN UND POLITISCH DISZIPLINIERTEN LEHRAMTSANWÄRTERN (LZAs)

lehramtsanwärter (lzas), die seit monaten auf ihre einstellung in den schuldienst warten oder aus politischen gründen abgelehnt wurden, haben sich zu einer gruppe zusammengeschlossen. die minimalplattform für den zusammenschluß bilden die folgenden forderungen:

- für die einstellung aller arbeitslosten lehrer!
- offenlegung der entscheidungskriterien bei der einstellung und gleiche behandlung aller bewerber durch die schulämter!
- freie politische betätigung in beruf und gewerkschaft: gegen politische disziplinierung und entlassungen!
- gewerkschaftlicher schutz für alle gew-mitglieder – weg mit unvereinbarkeitsbeschlüssen!

unsere bisherige hauptaufgabe ist die gegenseitige unterstützung beim kampf um die einstellungen auf rechtlicher und politischer ebene. wir wollen die öffentlichkeit über die gründe der planstellenverknappung (lehrerarbeitslosigkeit) und die politischen disziplinierungen und berufsverbote informieren und mit schüler-, eltern- und lehrer-initiativen zusammenarbeiten, die die forderungen der arbeitslosen lehrer unterstützen.
im rahmen der gew wird dies vor allem in zusammenarbeit mit den kommissionen gegen politische disziplinierungen vorangetrieben. die bsiherigen erfahrungen bei den überprüfungen durch den innensenator und den ablehnungen durch die schulämter werden von der gruppe dokumentiert und in kürze in form einer "handreichung" veröffentlicht.

kontakt zur lza-gruppe: "politisches buch", lietzenburgerstr. 99, tel. 883 25 53

HEIDELBERG (ID)
9. mai

## WER BAADER VERTEIDIGT, WIRD VERFOLGT

nach dem ausschluß der rechtsanwälte croissant und groenewold von der verteidigung des raf-gefangenen andreas baader brachen am freitagmorgen bundeskriminalpolizei und amtsdiener der bundesanwaltschaft in das büro des baader-verteidigers siegfried haag sowie in die büros seiner kollegen marie-luise becker und jürgen laubscher ein, wobei aber nur ein einziger durchsuchungsbefehl vorgelegt wurde. damit nicht genug: auch in die im selben haus befindlichen räume der american civil liberties union, die kostenlos in der bundesrepublik stationierte us-soldaten verteidigt drängte sich die polizei rein, hielt es besetzt und durchstöberte akten.
den ganzen tag hielten sich die bundesfahnder in den räumen auf und lasen blatt für blatt sämtliche unterlagen aller drei rechtsanwälte. unter anderem beschlagnahmten sie akten mit unterlagen für die prozeßvorbereitung von werner hoppe und margrit schiller. so sieht sich auch rechtsanwalt laubscher, der den gefangenen klaus jünschke verteidigen sollte, außerstande, für seinen mandanten nach diesem polizei-eingriff in die prozeß-strategie eine rechtmäßige verteidigung durchzuführen.

der bundesgerichtshof ermittelt gegen siegfried haag wegen angeblichen "verdacht der unterstützung einer kriminellen vereinigung". wie verlautet, soll haag angeblich an der schweizer grenze einen aktenkoffer mit bomben herumgetragen haben, was selbst bürgerlichen presseleuten spanisch, wenn nicht gar chilenisch vorkam, die obwohl sie diese behauptung schwarz auf weiß vorgelegt bekommen hatten, diese beschuldigung im rundfunk mit skepsis und äußerster vorsicht, zumindet mit hörbarem unbehagen an die hörer weitergaben.

STOCKHOLM/STAMMHEIM (ID)
9. mai

## ZUM TODE VON SIEGFRIED HAUSNER

siegfried hausner ist im gefängnis von stuttgart-stammheim an einer giftigen lungengewebe-aufschwellung gestorben, die auf die schweren verbrennungen zurückzuführen ist, die hausner bei der explosion in der stockholmer botschaft der bundesrepublik erlitt. er war aus einer stockholmer spezialklinik nach stammheim überführt worden, was ein schwedischer arzt als reines todesurteil bezeichnet hat. dem ist wenig hinzuzufügen, denn: in schweden befinden sich nach kenntnis der experten europas beste spezialkliniken für brandunfälle. und: in der bundesrepublik befindet sich die spezialklinik für schwere brandverletzungen nicht im stuttgart-stammheimer gefängnis, sondern in ludwigshafen – sie wurde durch den basf-chemie-konzern mit aufgebaut.

FREIBURG (ID)
5. mai

## EINSCHÜCHTERUNGSVERSUCHE GEGEN WHYL-DEMONSTRANTEN

bericht eines platzbesetzers, der während der räumung des bauplatzes in whyl am 2o. februar 1975 verhaftet wurde. er lebt in freiburg, hat aber seinen ersten wohnsitz bei den eltern:
"vor ein paar tagen haben polizisten meinen eltern ein bild vorgelegt. "ist das da ihr sohn?""ja, weshalb?" sie konnten nur sagen, daß in freiburg gegen mich eine anzeige wegen hausfriedensbruch und nötigung vorliege, aber der grund sei hier unbekannt.
weshalb diese "bescheidene anfrage"? probleme mit meiner identifizierung können kaum vorgelegen haben: auf dem polizeirevier in emmendingen wurde ich am 2o.2. erkennungsdienstlich be-

handelt: alter, größe, wohnort, fingerabdrücke, lichtbild etc. zudem konnten die polizisten meine angaben sofort mit denen in meinem personalausweis vergleichen. hier in freiburg habe ich weder polizeibesuch, noch die nachricht von der vorliegenden anzeige bekommen. was von der regen polizeiaktivität bleibt, ist angstmacherei, einschüchterung u. verletzung der dienstaufsicht."

MAINZ (ID)
8. mai

## SO WIRD DIE POLIZEI GEFILMT

verschreckte mainzer bürger machten am abend des 16. april einen großen bogen um den schillerplatz, wo rund einhundert bürgerkriegsmäßig gerüstete polizisten das räumen besetzter häuser übten - vor den fernsehkameras des zdf. das spektakel mit mg's, panzern und spähwagen lockte photographen an, zwischen denen und der kripo sich eine regelrechte photoschlacht entwickelte. am "besetzten" haus hingen parolen wie "kampf den bonzen", "was wir brauchen, müssen wir uns nehmen" oder "teure häuser, hohe mieten" und "rote hilfe". nach angaben eines zdf-menschen sei alles nach "polizeiberichten aus münchen, frankfurt und hannover original gemacht."

abgesehen davon, daß die zusammenarbeit zwischen polizei- und zdf-truppen gut funktionierte, gibt es zwei bemerkenswerte aspekte: im film, den das zdf-programm am 9. juli um 19.30 uhr ausstrahlen wird, sind eine ganze menge mainzer spitzel zu sehen. einige haben als statisten mitgewirkt, andere sind unfreiwillig ins bild gekommen. die andere sache: in mainz hatte am 16. juli 1974 eine jugendzentrums-initiativ-gruppe für ein selbstverwaltetes jugendzentrum demonstriert. die filmgruppe des jugendzentrums hatte den polizeieinsatz gefilmt und fotografiert, dabei wurden ein 16mm-film, ein dia-film und zwei schwarz-weiß-negative wurden von der kriminalpolizei bis heute nicht herausgegeben mit der begründung, das material stünde in bezug zum polizeilichen einsatz. auf den filmen sind die gleichen waffen, geräte und spitzel zu finden, die jetzt das zdf aufgenommen hat.

FRANKFURT (ID)
9. mai

## KONFERENZ DER INTERNATIONALE DER KRIEGSGEGNER

pazifistische gruppen aus aller welt treffen sich in der zeit vom 12. bis zum 19. juli in noordwijkerhout, holland zum 15. kongress der wri (war resisters international = internationale der kriegsgegner). wie in den vergangenen jahren wird auch dieser kongreß in zwei teile gegliedert sein: ein treffen alternativer gruppen vom 12. bis zum 15. juli (festival of alternatives) und der politische kongreß der wri (wri business meeting).

arbeitsgruppen, von denen schon sicher feststeht, daß sie stattfinden werden, sind: kunst als waffe in der revolution, wirtschaftliche krisen, gegenöffentlichkeit, frauenbewegung, widerstand gegen nukleare energie und entwicklung alternativer energieversorgung, lebensmittelkooperativen sowie diskussionsgruppen über die bedeutung von alternativen gruppen im politischen kampf.

verschiedene gruppen werden mit filmen über ihre arbeit berichten. wir fordern euch auf, euch an der vorbereitung des treffens aktiv zu beteiligen und vorschläge und anmeldungen an wri, b-1050 brüssel, 35, rue van elewyck zu schicken.

BONN (ID)
8. mai

## WALDESLUST FÜR ALLE

jedermann erlaubt ist ab sofort der spaziergang in jedem bundesdeutschen wald. so bestimmt es das neue "bundeswaldgesetz", das am 8. mai in kraft trat. "das betreten des waldes zum zwecke der erholung", heißt es dort, "ist auf eigene gefahr gestattet". erstmals wurde damit das zutrittsrecht in den wald bundeseinheitlich geregelt. interessant ist dieses neue gesetz vor allem bezüglich der wälder in privatbesitz, immerhin rund 40 % der gesamten waldfläche der brd. nur 31 % sind Staatswald, die restlichen 29 % befinden sich im besitz von kommunen, gemeindeverbänden oder stiftungen. sie alle sind nunmehr verpflichtet, nicht nur fußgänger, sondern auch reiter und radfahrer - allerdings auf vorgeschriebenen wegen - zu dulden. gestatten müssen sie außerdem den bau, die errichtung und die unterhaltung von wegen, bänken oder schutzhütten.

LANDAU (ID)
7. mai

## ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN HERAUSGEBER UND VERTEILER EINER SOLDATENZEITUNG

die beschwerde gegen den beschluß des amtsgerichts in landau wegen der beschlagnahme der soldatenzeitung (ID 77, s. 5) wurde von der strafkammer des landgerichts Landau durch die richterin dahlgrün und die richter müller und mergele zurückgewiesen.

das landgericht bezeichnet den beschwerdeführer nun schon als "beschuldigten", und behauptet, daß mit hilfe der zeitungen eine "verfassungsfeindliche einwirkung auf truppen des NATO staates frankreich" vorliege. die "flugblätter" - das soldatenkomitee besteht auf der feststellung, daß es sich um die sonderausgabe einer zeitung handelt - hätten die schilderung des todes des soldaten perrigaud mit "hetzparolen" verbunden.

es bestehe deshalb der "dringende verdacht" eines vergehens gegen die paragraphen 89 und 109d StGB in verbindung mit artikel 7 StAG (reichs- und staatsangehörigkeit). gleichzeitig sind jetzt vorladungen und

vermittlungsverfahren eingeleitet gegen personen, die bei früheren verteilungen der soldatenzeitung in landau erkennungsdienstlich behandelt wurden. bisher haben 3 personen jede aussage verweigert.

weiterhin wurden von der französischen milit"rpolizei fahrzeuge in landau besichtigt - nicht durchsucht - in denen ein exemplar der soldatenzeitung zu sehen war. über die kfz-nummern wurden die besitzer festgestellt. eine koalition, die jusos, judos, eine schülergruppe und andere angehören, hat sich an die lokale presse gewandt (rheinpfalz). veröffentlicht wurde bis 3.5.75 nichts.

der neueste grund, den die französische armee für den tod perrigauds angibt ist: perrigaud habe zwischen der verurteilung zu 14 tagen arrest und dem arrestbeginn aufgrund einer wette 1 liter ricard (hochprozentiger weinbrand) und mehrere gl"ser frucht-armagnac sowie evtl. einige gl"ser bier getrunken. diese version läßt wieder viele fragen offen: zumindest dürfte es sehr unwahrscheinlich sein, daß perrigaud in arrest kam, ohne daß sein rausch nach solchen mengen alkohol festgestellt wurde, ganz abgesehen davon, daß dieser mensch ein medizinisches wunder gewesen sein muß, wenn er 1 liter ricard auf einmal trinkt.

die anwendung der §§89 und 109d StGB auf diesen fall ist von besonderer bedeutung. in letzter zeit h"ufen sich prozesse gegen deutsche soldaten, in denen diese paragraphen verwendet werden. in verbindung mit dem artikel 7 StAG können diese §§ auch in bezug auf ausl"ndische truppen, die in der brd stationiert sind, verwandt werden. mit diesen §§ kann jede wahrheitsgem"ße aussage über die funktion und bedeutung der nato und ihrer truppen angegriffen werden. das war schon lange so, wird aber jetzt ausgegraben.

## AUSLAND

KAISERAUGST (ID)
2. mai

### NACHRICHTEN VOM BESETZTEN PLATZ

die regierung hat das waffenstillstandsangebot der kkw-gegner, die platzbesetzung zugunsten von verhandlungen für 3 wochen zu unterbrechen, abgelehnt. sie verlangt vorverhandlungen und die bedingungslose räumung des platzes. fast gleichzeitig mit der antwort wurde am morgen des 2.5. eine "verkehrskontrolle" auf der landstraße basel-rheinfelden ausgerechnet direkt vor dem bauplatz durchgeführt. an ihr waren im ganzen etwa 5o polizisten beteiligt. dabei wurden die ausweise aller wageninsassen kontrolliert. auf den teilalarm der besetzer erschienen bis zum mittag 85o leute, darunter auch einige lkw-fahrer mit ihren schweren fahrzeugen. die polizeiaktion ist zu werten als ein einschüchterungsversuch und ein auskundschaften des alarmsystems der besetzer. sie gibt den besetzern ihrerseits die möglichkeit , ihr alarmsystem zu überprüfen und entsprechend zu verbessern.

am selben abend fand eine vollversammlung der besetzer über das weitere vorgehen statt. alle 3oo anwesenden beschlossen einstimmig die weiterführung der besetzung. organisationsform der besetzung: beschließendes organ ist die öffentliche und regelmäßige vollversammlung, leitendes organ ist die "erweiterte kerngruppe", die aus mitgliedern der die besetzung tragenden organisationen besteht. diese organisationsform hat sich als effektiv erwiesen und mit dazu beigetragen, eine spaltung der besetzer zu verhindern.

8. mai

### PLATZBESETZUNG WIRD VORÜBERGEHEND ABGEBROCHEN

seit wochen geht es in kaiseraugst darum: wer stellt die bedingungen? der bundesrat verlangte bedingungslose räumung des geländes, um verhandlungen zu ermöglichen. die besetzer hielten verhandlungen während der besetzung für angebracht, um ihren größten triumph, die besetzung, nicht aus der hand zu geben.

auf einer vollversammlung am 8.5. mit 5oo anwesenden wurden zwei rivalisierende vorschläge für einen brief der besetzer gemacht. der größere teil der kerngruppe schlug vor, die besetzung bedingungslos abzubrechen, damit verhandlungen ermöglicht werden. man müsse der regierung jetzt entgegenkommen. obwohl die mehrheit der vollversammlung an diesem abend dagegen stimmte und die weitere diskussion: abbruch der platzbesetzung ja oder nein auf den nächsten, also freitagabend, vertagte, wurde der vorgeschlagene brief früh am freitagmorgen von einigen mitgliedern der gewaltfreien aktion kaiseraugst (gak) dem bundesrat und der presse übergeben. außer der baseler nationalzeitung verkündeten alle zeitungen und der rundfunk das ende der besetzung. gleichzeitig tauchte auf dem platz das gerücht auf, die motor kolumbus und die kernkraftwerk-kaiseraugst-ag hätten einem vorläufigen baustopp bis anfang juni zugestimmt. dieses gerücht wurde abends um 19 uhr bestätigt.

der hintergrund dieser unsauberen vorgänge sind geheimverhandlungen, die von einigen mitgliedern der gak mit bundesrat, motor kolumbus und kaiseraugst geführt wurden. die neue vollversammlung am freitagabend, bei der mehr als tausend leute anwesend waren, rettete, was zu retten war. vor allem die einheit der bewegung.

- die besetzung wird am pfingstmontag vorläufig abgebrochen
- die besetzung wird im falle des scheiterns der verhandlungen (am 27.5. mit dem bundesrat) wieder aufgenommen
- es finden in der zwischenzeit vollversammlungen statt
- über ein verbot der besetzer, das gelände in der zwischenzeit zu umzäunen und die gebäude darauf abzureißen, muß in einer weiteren vollversammlung beschlosse werden.

FESSENHEIM (ID/LIBE)
7.mai

### BOMBENANSCHLAG AUF DAS KERNKRAFTWERK

am samstag (3.mai) richteten zwei explosionen in dem sich im bau befindlichen kernkraftwerk in fessenheim erheblichen schaden an. getroffen wurden die dampfturbine und das kontrollsystem zum einschieben

der brennstäbe, einer wesentlichen sicherheitsvorkehrung , um die kettenreaktion bei gefahr sofort zu bremsen. obwohl die zuständigen behörden den schaden verniedlichen wollen, kann mit einer erheblichen verzögerung der inbetriebnahme des kkws gerechnet werden.

samstag um 13 uhr ging bei der direktion ein anonymer anruf ein, sodaß sofort die baustelle evakuiert werden konnte. in einem später erschienenen kommuniqué übernahm eine gruppe "puig antich - ulrike meinhof" die verantwortung. in dem kommuniqué heißt es:

"wir übernehmen für das, was in fessenheim gerade passiert ist, die verantwortung. wir haben alle möglichen vorkehrungen getroffen, um kein menschenleben zu gefährden. auf diese weise möchten wir in die debatte um das kkw eingreifen, wobei wir hoffen, die betriebnahme stoppen (oder verzögern) zu können, mit mitteln, für die es nachher zu spät sein wird. das kapital zögert nicht von seinem traditionellen völkermord (kriege, fabriken, gefängnisse) zu einem noch radikaleren völkermord, den die nuklearindustrie verkörpert, überzugehen. keine zeit mehr zum polemisieren: die verteidigung des atoms ist grotesk im munde derjenigen, die das wasser des rheins mit quecksilber verseucht haben, mehr noch als das des minamata, wo sich das kapital mit wachtürmen und stacheldraht gegen den zorn des volkes verteidigt. unsere feinde sind dieselben in japan und hier: die multis. die verschmutzung selbst ist für die multis ein gutes geschäft: sie verkaufen sauerstoff und wasser, die zu waren geworden sind.

unsere aktion, die den massenbewegungen wie denen in whyl und marckolsheim nicht widerspricht, ist ausdruck des urtümlichen protestes des lebens gegen das kapital, das des völkermords schuldig ist, letztes stadium der patriarchalischen unterdrückungsgesellschaft. die aufrechterhaltung der lohnarbeit selbst ist ein mörderischer unsinn geworden. wir haben die kernenergie nicht nötiger als das nutzlose zeug, um das zu produzieren wir uns den ganzen tag abrackern müssen. die erzwungene produktivität ist ein feind des planeten geworden. und der kampf des proletariats der entwickelten länder verbindet sich objektiv mit dem der länder der dritten welt. ob es der der frauen, der kinder, der dritten welt oder des proletariats ist: der kampf muß total sein!

erinnern wir noch daran, daß die frauen, in wyhl (70% der frauen sagten "nein" zum kkw) wie sonstwo, zur avantgarde der ablehnung der kernenergie gehören, die nur das letzte wort dieser gesellschaft ist, die ohne sie und gegen sie aufgebaut wurde.

kommando puig antich - ulrike meinhof"

die reaktionen auf den anschlag waren unterschiedlich. während nach bekanntwerden der nachricht viele junge leute sich in mühlhausen trafen und ihre sympathie mit derjenigen, die den anschlag ausführten, nicht verhehlten, distanzierten sich alle bekannten bürgerinitiativen, die gegen kkws kämpfen "dieser anschlag kann von unserer seite nur folgende antwort erhalten: diese art und weise entspricht nicht unseren arbeitsmethoden. wir haben es während der langen jahre bewiesen, zuletzt wieder in marckolsheim, kaiseraugst und wyhl, wo wir mit einer gewaltfreien strategie auf die angriffe mit eisenstangen und brandbomben antworten, die gegen uns von einigen pro-kkw-grüppchen gerichtet sind.

wir wollen nicht über die handlungen von anderen gruppen richten, die im dunkeln arbeiten und andere methoden als wir benutzen. aber es ist sicher, daß falls eine wirkliche demokratie im eigentlichen sinne des wortes in fessenheim funktioniert hätte, d.h. falls die behörden der betroffenen bevölkerung alle fakten des problems bekannt gemacht hätten, hätte eine wirkliche öffentliche debatte geführt werden können, und wir hätten alle zusammen über unsere zukunft entscheiden können. das hat aber nicht stattgefunden.

in dieser sache sehen wir drei möglichkeiten:
1. entweder wollten die verantwortlichen des anschlags uns zeigen, daß wir nicht genügend hart sind
2. oder sie wollen unsere ökologische bewegung für ihre ziele verwerten
3. oder es handelt sich um eine provokation, um unsere internationale demonstration am 25. mai in fessenheim zu stören (zur demo siehe id nr. 78).

aber solche aktionen halten nicht die bewegung, über die vorteile und risiken der kernindustrie echt nachzudenken, die in der letzten zeit angelaufen ist, auf.

csfr und sos - rheinebene

die gewerkschaft cfdt-elsaß verurteilte den "gebrauch des terrorismus als druckmittel, um eine meinung zu rechtfertigen". die lokale und nationale presse benutzte den anschlag, um einerseits die bewegung gegen die kernenergie zu diffamieren und andererseits die terrorismushysterie weiter zu schüren: le parisien auf der titelseite von montag: "nach cohn-bendit (1968)" und "im namen der freiheit":

"die baader-bande (staatenlos) verstärkt die unordnung in frankreich -
doppelanschlag gegen ein kernkraftwerk im elsaß".

die behörden betonen, daß die sicherheitsvorkehrungen soweit verstärkt werden, daß solche anschläge in zukunft unmöglich seien. in der tat ist jede besichtigung des bauplatzes untersagt und die polizeikontrollen wurden verstärkt. strenge sicherheitsvorkehrungen sollen für alle kernkraftwerke ausgearbeitet werden.

das bedeutet, daß zusätzlich zu der konzentration der energieproduktion in den händen von einigen wenigen, die über eine handvoll kernkraftwerke verfügen, die allgegenwärtigen polizei-"sicherheitsvorkehrungen" das bild unserer zukünftigen gesellschaft prägen.

PARIS (ID, LIBE)
1. mai

## FÜR EINE GEWERKSCHAFT DER SOLDATEN

am nachmittag des 1. mai fand in paris die traditionelle demonstration der gewerkschaften cgt und cfdt unter anschluß der ligue communiste statt, an der sich etwa 100 000 personen beteiligten. neben vielen ausländergruppen, darunter die vietnamesen, die die endgültige befreiung ihres landes feierten, wurden etwa 100 soldaten zum hauptereignis, die in voller uniform mit transparenten mitmarschierten. nach französischem recht (wie auch nach dem deutschen) ist für soldaten jede politische betätigung, auch die beteiligung an demonstrationen, streng verboten, sodaß alle soldaten gesichts masken tragen mußten.

diese provokatorische beteiligung von soldaten aller waffengattungen, sogar von einigen offizieren, weist erneut auf die relative stärke der französischen soldatenbewegung hin. seit dem "aufruf der hundert", in dem die soldaten vor einem jahr ihre forderungen den französischen präsidentschaftskandidaten unterbreitet haben, haben sich fast überall in den kasernen soldatenkomitees gebildet. die dort versuchen, ihre forderungen durchzusetzen. die regierung versuchte im vergangenen jahr die soldaten durch ein paar scheinreformen zu besänftigen, ohne jedoch ihre lage wesentlich zu ändern. die forderungen sind heute nahezu unverändert: sold in höhe des gesetzlichen mindestlohns; gesetzliches recht auf ausgang, um damit nicht mehr von den vorgesetzten erpreßt werden zu können; freien transport und abschaffung der militärgerichtsbarkeit.

die einzelnen komitees sind jedoch zerstreut und isoliert, sodaß für die soldaten die vorbedingung zur durchsetzung ihrer interessen eine einheitliche soldatengewerkschaft ist. die beteiligung an der mai-demonstration war nicht zuletzt als aufruf an die beiden großen gewerkschaften gedacht, sich mehr als bisher für eine solche organisation einzusetzen. bisher war es nur die cfdt, die mit einigen komitees zusammenarbeitete und die die plötzlich aus einer u-bahn-station herauskommenden soldaten in ihren reihen aufnahm. über die gründung einer solchen gewerkschaft bestehen noch einige differenzen, da nicht alle soldaten auf die initiative der großen gewerkschaften wartenwollen und für einen zusammenschluß der soldatenkomitees zu einer gewerkschaft eintreten. die meistgerufene parole zeigte, daß sie sich über eins jedoch einig waren: "soldat, unter der uniform bleibst du ein arbeiter."




mitglieder der soldatenkomitees auf der mai-demonstration in paris, an der sich 100 000 leute beteiligten.

BUDAPEST (ID)
8.mai

## ANDERSDENKENDE ÜBERALL UNERWÜNSCHT

seit september 1974 prüfen die behörden der bundesrepublik, ob sie dem soziologen györgy pór (geb. 1944) und der studentin zsuzsa körösi (geb. 1950) - eine kusine des schriftstellers und soziologen miklós harszti ("stücklohn", vorwort:heinrich böll, berlin 1975) - die erlaubnis zur einreise in die brd geben sollen. beide sowie der lyriker und happening-künstler tamás szentjóby wollen ungarn verlassen, weil sie praktisch berufsverboten unterliegen.

mitte juli 1974 wurde in budapest frau körösi vor einen universitäts-disziplinarausschuß gestellt, der beschloß, sie nicht zur diplomprüfung für das fach geschichte und englisch zuzulassen. vorgeworfen wurde ihr, eine "sich der demographischen politik ungarns widersetzende" kampagne organisiert und unterschriften gesammelt zu haben. seit 1956 war in ungarn ein abtreibungsgesetz in kraft, das praktisch für jede frau die abtreibung bis zum dritten monat der schwangerschaft möglich machte. im sommer 1973 häuften sich in der ungarischen presse artikel, die das gültige gesetz angriffen und eine beschränkung des abtreibungsrechtes forderten. im august 1973 formulierten einige junge ungarinnen eine petition, in der die parlamentsabgeordneten aufgefordert wurden, das gültige gesetz zu verteidigen. der brief wurde von 1553 personen unterzeichnet, unter ihnen parteimitglieder und etwa 50 persönlichkeiten des kulturellen und wissenschaftlichen lebens. im oktober 1973 wurde von der regierung ein gesetzes-erlaß verabschiedet, der für die mehrheit der betroffenen frauen die unterbrechung unerwünschter schwangerschaften untersagt - ausgenommen unverheiratete frauen, frauen über 35, frauen ohne wohnung und frauen mit drei oder mehr kindern. strenge maßregelungen wie androhung des arbeitsplatzverlustes und der paßverweigerung mußte jene parteimitglieder erfahren, die den brief unterzeichnet hatten. parteisekretär kádár sprach vor dem zk der usap sogar davon, daß dieser brief teil oppositioneller aktivitäten sei, die vor allem auf das konto von g.pór gingen (was den tatsachen nicht entsprach). diese worte kádárs waren anlaß für die behörden, zsuzsa körösi und ihrem mann pór ständigen repressalien auszusetzen.

györgy pór wurde 1966 aufgrund von der parteilinie abweichender auffassungen nach dem 7.semester von der universität relegiert und 1968 wegen sogenannter "antistaatlicher aktivitäten" zu einer gefängnisstrafe verurteilt. obwohl er nie die gesetze des landes verletzt hatte, wurde er diskriminiert und belästigt: z.b. verlor er als soziologischer mitarbeiter auf druck von oben mehrfach seinen arbeitsplatz, obwohl die unmittelbaren vorgesetzten mit seinen leistungen zufrieden waren. seine beiden empirischen soziologischen umfragen (über die wirkungen bestimmter filme auf die zuschauer, 1972; über die kulturellen bedürfnisse junger facharbeiter, 1974) wurden ohne angabe von gründen vom innenministerium verboten; ebenso konnten zwei soziologische anthologien, die er herausgeben wollte, nicht erscheinen. reisen in sozialistische länder wurden ihm verboten.

das bonner auswärtige amt schweigt bis heute zu den anträgen der beiden politisch verfolgten ungarns. die volksrepublik ungarn soll mit einer einreise einverstanden sein, falls sich ein land zur aufnahme der beiden bereit erklärt. auf eine einladung nach frankreich durch die witwe des dichters paul eluard haben die ungarischen behörden bis heute nicht reagiert. tamás szentjóby, ungarisch-schweizer doppel-staatsbürger, arbeitete als landvermesser, bevor er wegen seiner künstlerischen tätigkeit ("happenings") eine psychiatrische zwangsbehandlung über sich ergehen lassen mußte. für seine experimentelle lyrik schenkte ihm sein förderer, der lyriker sándor webres, 1970 seinen teil des größten ungarischen staatspreises. am 23.oktober 1974 wurde szentjóby in budapest verhaftet; nach zwei tagen allerdings wieder freigelassen. ursache der verhaftung: die geheimpolizei hatte bei ihm ein von dem schriftsteller györgy konrád und dem soziologen iván szelényi verfasstes manuskript "der weg der intelligenz zur klassenherrschaft" gefunden (siehe id nr. 55).

schon zweimal versuchte szentjóby ungarn auf dem weg über polen und jugoslavien zu verlassen: beim versuch einer legalen ausreise erkannte die polizei seinen schweizer paß nicht an. auch szentjóby hat inzwischen einen antrag auf ausreise in die schweiz gestellt, der bis heute von den ungarischen behörden nicht zur kenntnis genommen wurde.

um pór, körösi und szentjóby bei ihren ausreisebemühungen zu unterstützen, sollte man

1. die ungarische botschaft in der brd (5 köln, hardefuststr.7) anschreiben und nachfragen, warum den o.gen. drei ausreisewilligen offensichtlich schwierigkeiten von seiten der ungarischen behörden gemacht werden;
und
2. das auswärtige amt der brd (53 bonn, adenauerallee 101) anschreiben und nachfragen, warum die deutschen behörden die am 7.september 1974 gestellten ausreiseanträge von g.pór und z.körösi bis heute nicht beantwortet haben.
(schickt bitte durchschläge der briefe an den ID)

MAILAND
2.mai

## BERICHT AUS DEM BESETZTEN HAUS VIA TIBALDI 50

das haus ist dreistöckig mit etwa 200 zimmern, in hufeisenform mit innenhof gebaut. es gehört der iacp (= "sozialer wohnungsbau"), die es seit fünf jahren leerstehen läßt und teile des dachs und die sanitären einrichtungen zerstört hat. sie will wahrscheinlich ein schwimmbad für drei benachbarte wohntürme bauen. diese wohntürme waren vor drei jahren besetzt worden, bei den auseinandersetzungen starben zwei kinder. heute wohnen dort mittelklassenge-

hörige, bankdirektoren und dc-funktionäre. ende april besetzten 70 familien unter führung der "unione inquilini" und der stadtteilkomitees von ticinese, genova und vigentino das haus; manche von ihnen hatten vorher in überfüllten zimmern, bei freunden, in autos (!) oder in zimmern mit küche für 250,-dm gewohnt.

in mailand gibt es nach schätzungen z.zt. etwa 60 000 wohnungen ohne sanitäre einrichtungen, 200 000 leerstehende wohnungen (das können luxus- und altbauwohnungen sein), 80 000 familien, die in überfüllten zimmern leben müssen und 45 000 unbearbeitete anträge auf eine iacp-wohnung. es werden weniger billige und zuviel luxuswohnungen gebaut, 200 000 bauarbeiter sind arbeitslos. auch der neue plan zur stadtentwicklung wird den tertiären sektor ausweiten und die spekulation fördern. so ist es klar, warum heute etwa 3000 bis 4000 familien in besetzten häusern leben und die bewegung sich rapide verbreitert.

forderungen der hausbesetzer sind:
- die enteignung von privateigentümern, die ihre häuser vernachlässigen oder zu spekulationen benutzen
- ein 5-jahresvertrag, abgeschlossen mit den besetzern als kollektiv
- mehr iacp-häuser, arbeiterkontrolle über die verteilung der wohnungen
- 10% des lohns für miete, weg von der sogenannten kostendeckung durch die mieten
- erhaltung der billigen wohnungen in der innenstadt
- mehr sozialeinrichtungen in die iacp-viertel

zentrale parolen sind:
das haus ist ein recht - die miete ein raub!
hausbesetzen ist nicht reaktionär, sondern ein proletarischer kampf!
mehr häuser für das volk - weniger ausgaben für die rüstung!

zu den kampfformen gehören selbständiger mietstop, senkung von miete und nebenkosten für licht, wasser, heizung und instandhaltung. vorläufig haben die genossen "delegati di scala" benannt, die in den hausflügeln die reparatur und die politischen diskussionen leiten. auf der nächsten versammlung, wenn sich alle besser kennen, sollen richtige delegierte gewählt werden. außerdem arbeitet jeder nach seinen fähigkeiten in einer der reparaturgruppen. auf dem nahegelegenen markt wird gesammelt, vor dem haus stehen wandzeitungen. die unterstützung durch die consigli di fabrica (= betriebsräte) ist schwach, weil es sich um einen außerparlamentarischen kampf handelt.

bis zu den wahlen am 15. ist ein polizeiangriff unwahrscheinlich. im unterschied zu anderen fällen, wo (auch neugebaute) wohnungen besetzt wurden, um ein druckmittel in der hand zu haben, geht es hier darum, im haus zu bleiben. die iacp muß als "soziales institut" vorsichtig taktieren, aber notfalls wird das haus militant verteidigt werden, wie in anderen fällen auch. in famagusta wird seit einem monat die räumung erwartet, in rom und tonne gab es straßenkämpfe deswegen. für uns ist vielleicht noch interessant, daß man den direkten kontakt zu den arbeitslosen bauarbeitern sucht, die ja auch ein starkes interesse an der ausweitung des wohnungsbaus haben.

am 10./11.5. findet ein volksfest im haus statt.
kontaktadresse (auch für geldspenden für die reparaturen):
comitato di occupazione, 200 100 milano, via tibaldi 50

MAILAND (ID)
1. mai

## 1. MAI IN MAILAND

dieser erste mai muß gesehen werden vor dem hintergrund der faschistischen morde in der letzten woche, durch die die feiern der befreiung italiens (25.4.) und die resistenza eine aktuelle bedeutung im kampf gegen die faschisten bekommen. die demonstration umfaßt die gesamte linke von den christen über die gewerkschaften bis zu den anarchisten; durch eingestreute spielmannszüge erinnert sie fast an ein volksfest. die teilnehmerzahl kann ich nicht schätzen. ungefähr 40 % sind in gruppen links der PCI.

zunächst die reihenfolge, die auch einen überblick über die italienische arbeiter- und studentenbewegung gibt:

zuerst die ANPI, eine organisation von partisanen und veteranenaus den deutschen kz's; dann die föderation der drei gewerkschaften CGIL - CISL - UIL, darunter als stärkste die FLM der metallarbeiter, aber auch die branchen der vertreter und straßenhändler. die gewerkschaftsgruppen gehen oft nach "consigli di fabrica" (betriebsräte) geordnet. neben der "unita" der PCI und dem "avanti" der sozialistischen partei sieht man die außerparlamentarischen zeitungen "manifesto", "lotta continua" und "quotidiano dei lavoratori", dann die SUNIA, eine mieterorganisation nahe der PCI, die sozialistische partei PSI, die sozialistische partei portugals, die beifall von den zuschauern bekommt, die christliche ACLI, die sich scharf gegen die christlich-demokratische DCI abgrenzt, die marxistisch-leninistische partei der proletarischen einheit (PDUP), die leninistische avanguardia operaia und die von ihr beeinflußten comitati unitarii di base (einheitsbasiskomitees), die hausbesetzer von der unione inquilini, das theaterkollektiv la commune mit einem papiertiger, der am nachmittag auf einem volksfest des vietnamkomitees die usa darstellt. die studenten aus der citta di studi und dem instituto di turismo, der schule, auf die der erschossene varalli ging; dann die comitati di vigilanzio antifascista, antifaschistische massenorganisationen, in denen die radikale linke zusammenarbeitet; die comitati di quartieri, unseren stadtteilgruppen vergleichbar; die studentenbewegung movimento studentesco und das entsprechende movimento di lavoratori per il socialismo mit einer starken gruppe von alfa-romeo-arbeitern; die organizzatione comunista (ml);

lotta continua mit fabrikkomitees, stadtteilsektionen und vielen mir-fahnen. es folgt die pci und ihre jugendorganisation fgci, nach stadtteilen und kollektiven gegliedert, dann die trotzkisten, die leninistische lotta comunista mit arbeiterzirkeln und einer proletarischen mietervereinigung; die pcml/dem volke dienen mit kindergruppen und vielen müttern mit kinderwagen; zuletzt die anarchistischen gruppen der lombardei; die organisation anarchistischer kampf; die feministischen frauen, die mit einem schönen transparent lohn für die hausarbeit fordern; und autonomia operaia (arbeiterautonomie) mit den kommunistischen fabrikkomitees.

wegen der parolen der genossen war wenig von den ansprachen zu verstehen. es sprachen ein nationaler und ein regionaler sekretär der gewerkschaftsföderation cgil-cisl-uil, ein südafrikaner und eine genossin der chilenischen gewerkschaft cut.

die parolen unterschieden sich teilweise, alle riefen:"ora e sempre - resistenza - (heute und immer - widerstand). bei revisionisten und gewerkschaften hieß es "contro il fascismo - per le riforme" (gegen den faschismus- für die reformen), das bündnis mit der dc und der "historische kompromis" drückten sichaus im: "uniti si - ma col dci" (einig ja, aber mit der dci), die kritik an den linkeren gruppen in "antifascismo si - aventurismo no!" (antifaschismus ja, abenteuertum nein.)

die linken riefen dagegen "fiducia mello stato - no l`abiamo! l`antifascismo é rosso - no lo deleghiamo!" (vertrauen in den staat haben wir nicht! der antifaschismus ist rot - und wir geben ihn nicht ab!), "uniti si - ma contra dci" (einigkeit ja - aber gegen die dci), "msi fuorilegge" (msi verbieten), "gli sede der msi si chiudono col fuoco" (die sitze des msi schließt man mit feuer), gegen die revisionisten "revoluzione si - opportunismo no!" für uns deutsche linke unvorstellbar ist wohl die tatsache, daß in einem zug, der so verschiedene kräfte umfasst, es nicht zu rangeleien kommt, ja, daß überhaupt so eine demonstration zustande kommen kann.

das durchschnittsalter der revisionisten und gewerkschaftler lag wesentlich höher, allerdings gingen bei den linken besetzungskomitees viele süditalienischen familien mit, die in jetzt privaten und iacph¨usern wohnen und vorher obdachlos waren. interessant ist noch, daß am vormittag des ersten mai die soldaten keinen ausgang hatten, nachdem in den letzten tagen hunderte von uniformierten an den msi-gegendemonstrationen teilgenommen hatten, teilweise unter der parole "oggi soldati - domani partigiani!" (heute soldaten - morgen partisanen). zum schluß noch was ulkiges: auf manchen abfallkörben liest man die aufschrift "sede msi", was so viel heißt wie "sitz der msi".

JOHANNESBURG (PAIP/ID)
9.mai

## HOHE SELBSTMORDQUOTE IM APARTHEIDSTAAT

aufgrund sozialer repression, ökonomischer unsicherheit, politischer hilflosigkeit und medizinischer vernachlässigung steigen die zahlen der unzurechnungsfähigen und selbstmörder unter den afrikanern (alle nichtweißen gruppen) zunehmend. 2/3 der afrikaner in krankenhäusern für geistesgestörte leiden an schizophrenie oder anderen psychosen. das selbstmordverhinderungszentrum in johannesburg, das zuständig für alle bevölkerungsgruppen ist, meldet, daß täglich 200 bis 400 menschen versuchen, sich selbst umzubringen. jedes jahr gelingen dann auch 5000 selbstmorde. 100 000 versuche pro jahr können noch abgewehrt werden. d.h.i.j.van der spuy, ein dozent für psychologie an der universität kapstadt, kam zu dem schluß, daß "südafrikaner mehr neurotisch als alle anderen völker sind, daß angst auf nationaler ebene der preis für rassismus und apartheid ist".

NAMIBIA (PAIP/ID)
9.mai

## DER EMANZIPATIONSKAMPF DER SWAPO AUF ÖKONOMISCHER EBENE

die swapo führt nicht nur einen politisch-militärischen kampf gegen das apartheidregime, sondern konzentriert sich im jahre 1975 zunehmend auf ökonomische emanzipation und erhaltung der naturressourcen, die für die konstruktion eines zukünftigen freien namibia unabdingbar sind.

schon auf der brüsseler internationalen konferenz im jahre 1972 hatte sam nujoma, der präsident von swapo, die industriestaaten auf ihre "long term view", d.h. auf ökonomische beziehungen nach der unabhängigkeit namibias aufmerksam gemacht. auf druck internationaler kampagnen hatten dann auch vier us-ölkonzerne - continental oil, getty oil, phillips und texaco - ihr suchen nach öl- und erdgasquellen in namibia eingestellt (ein fünfter konzern, chevron regent, der heute noch in namibia operiert, fand auch tatsächlich erdgas im meer an der südküste namibias.)

am 3. bis 8.februar 1975 auf der rohstoffkonferenz der entwicklungsländer in dakar, senegal, betonten die swapo-delegierten hishongwa und shipepo: "...die ausbeutung unserer rohstoffe durch die imperialistischen mächte ist die unmittelbare ursache für unsere unterentwicklung ... dies bedeutet, daß für unterentwickelte, superausgebeutete nationen der kampf um entwicklung in erster linie ein kampf zur kontrolle der naturressourcen, d.h. ein antiimperialistischer kampf ist."

als beispiel der superausbeutung könnte "the consolidated diamond mines of south west africa" (cdm) dienen. die cdm, die die diamantenfundstätten in namibia ausbeutet, ist die weitaus größte gesellschaft, die in namibia investiert. sie hält das monopol über der diamantenindustrie und beschäftigt über 5000 ovambo. die cdm erhielt das recht, bis zum jahre 2010 die diamantenbergwerke in namibia auf einem raum von 200 meilen länge und 50 meilen breite auszubeuten. cdm beutet allein im bereich der diamanten 95% der gesamtproduktion aus, sowie 80% der produktion der republik südafrika. es wurden z.b. 1969 in namibia 2.034.292 karat diamanten ausgegraben. die gewinne der cdm betrugen 1969 doppelt soviel wie das staatsbudget namibias - im gewinn von 73,9 mio. dollar wurden dividenden im wert von 33,5 mio. dol-

lär ausbezahlt. bergbau liefert 70% des nationaleinkommens namibias. der herero-häuptling, kapuuo, der früher den befreiungskampf aktiv unterstützt hatte, aber zunehmend zum sprachrohr der südafrikanischen regierung wird (vgl. namibia news, london, april 1975, s.5), betonte vor einiger zeit: "ich befürchte, daß noch bevor namibia sich emanzipiert hat, sein ganzer mineralreichtum vollkommen ausgebeutet sein wird."

swapo macht auf die gegenwärtige multinationale plünderung in namibia mit großer sorge aufmerksam: "das südafrikanische rassistische regime, unterstützt von imperialistischen mächten und ihren internationalen konzernen, plant eine massenhafte ökonomische ausbeutung der naturressourcen unseres landes."

## ERKLÄRUNGEN

### ERKLÄRUNG — ERKLÄRUNG DES TÜBINGER SOLDATENKOMITEES

das soldatenkomitee der fünften französischen division in tübingen erklärt seine empörung über das regelrechte kidnapping, dem vier soldaten dieses regiments zum opfer gefallen sind.

am 5. mai 1975 wurden am nachmittag die soldaten lebegue bernard, havel jean-pierre, limpens christian, lemeille francis, mit ihrem gepäck mit unbekanntem ziel abtransportiert. sie haben ihr regiment in weniger als einer stunde verlassen müssen, ohne vorher mit irgendjemandem sprechen zu können.

diese vier wehrdienstpflichtigen sind letzte woche, nach der verteilung der nr. 2 von "gv m'facher", der zeitung der soldatenkomitees von tübingen, entweder von der militärischen sicherheitspolizei verhört worden, oder öffentlich von bestimmten chargen beschuldigt worden. wir verlangen zu wissen, was mit unseren kameraden geschehen ist, und, falls sie gefangen sein sollten, ihre sofortige freilassung.

wir protestieren gegen die (im verstoß gegen geltende gesetze) von der militärhierarchie gehandhabten vorgehensweisen. wir appellieren an die soldatenkomitees frankreichs und deutschlands, an die französische arbeiterbewegung und insbesondere an die lokalen vereinigungen der cfdt von seine st. denis, die unsere zeitung herausgegeben haben, an alle französischen und deutschen demokraten, damit die wahrheit über diese angelegenheit möglichst schnell bekannt wird.

wir versichern unseren vier kameraden unsere solidarität gegenüber der willkür, die durch eine blinde und brutale repression den immer entschiedeneren ausdruck der forderungen der truppen zu verhindern sucht.

### ERKLÄRUNG — AUFRUF DER INITIATIVE ZUR GRÜNDUNG DER AMILCAR CABRAL GESELLSCHAFT

am 25. mai wird in münster auf initiative mehrerer solidaritätskomitees in der brd und westberlin die "amilcar cabral gesellschaft" gegründet. alle fortschrittlichen menschen und organisationen, die sich für den aufbau der republik guinea-bissao und der kapverden einsetzen wollen, werden hiermit aufgerufen, sich dieser initiative anzuschließen, der gesellschaft beizutreten und engagiert an der durchsetzung ihrer ziele mitzuarbeiten.

am 24. september 1973 rief die nationale volksversammlung guinea-bissaos nach 10-jährigem bewaffnetem kampf die unabhängigkeit des landes aus. am 30. juni 1975 wird auf den kapverdischen inseln die nationale volksversammlung gewählt, die am 5. juli die unabhängigkeit ausrufen und über die einheit mit der republik guinea-bissao beschließen wird. damit haben die völker von guinea-bissao und den kapverden unter der führung der paigc das 500 jahre alte joch des portugiesischen kolonialismus abgeschüttelt. die unabhängigkeit ist ein erster großer sieg für die völker. doch der kampf geht weiter - gegen hunger und krankheit, gegen elend und unwissenheit und gegen alle neo-kolonialistischen einmischungsversuche. um nicht die ausbeutung der kolonialisten durch eine neue abhängigkeit zu ersetzen, versucht die regierung der republik guinea-bissao, das land im vertrauen auf die kraft des volkes aufzubauen. schon während des bewaffneten kampfes wurden die grundlagen für den aufbau einer neuen gesellschaft gelegt. so wurde in den befreiten gebieten ein umfassendes schulsystem, eine verwaltung, eine medizinische versorgung, volksläden und andere einrichtungen geschaffen, was mit dazu beitrug, daß das volk von guinea-bissao noch während des befreiungskampfes wahlen zu einer eigenen nationalversammlung durchführte, die die unabhängigkeit ausrief.

die amilcar cabral gesellschaft führt eine kampagne mit folgenden schwerpunkten durch:

1. geldsammlung zur unterstützung des "kapverdischen instituts für solidarität" im kampf gegen die hungersnot auf den kapverden.
2. sammlung von geld und schulmaterialien zur einrichtung einer lehrerbildungsstätte in sao vicente.
3. sammlung für eine ambulanz für guinea-bissao.
4. sammlung von spielzeug und nähmaschinen für das internat "instituto amizade" in bissao.
5. organisierung von ärzten und krankenpflegern für den einsatz auf den kapverden.
6. organisierung von facharbeitern und technikern für den einsatz in bissao und auf den kapverden.

wichtigste aufgabe in der gegenwärtigen situation ist es, für den kampf der paigc gegen hunger auf den kapverden zu spenden. nähere informationen sind einer kurzen broschüre mit aufruf, satzung, plattform,

reisebericht von guinea-bissao und den kapverden usw. zu entnehmen, die ihr bei folgender kontaktadresse gegen vorauskasse von 11,-dm + porto in briefmarken, bestellen könnt bei: michael hagedorn, 48 bielefeld, august bebel-str.62, tel.0521/62802

ERKLÄRUNG

WESTBERLIN (ID)
1.mai

OFFENER BRIEF AN DIE BOTSCHAFT DER DEMOKRATISCHEN VOLKS-REPUBLIK JEMEN!

"westdeutschen und westberliner presseberichten entnehmen wir die mitteilung, daß ihre regierung beabsichtigt, die fünf genossen verena becker, ingrid siepmann, gabriele kröcher-tiedemann, rolf heißler und rolf pohle, die am 3.märz dieses jahres gegen den reaktionär peter lorenz ausgetauscht wurden, aus ihrem land auszuweisen.

auf ersuchen der bundesregierung hatte sich ihre regierung bereiterklärt, den fünf genossen eine aufenthaltsgenehmigung zu erteilen. am 4.märz 1975 fanden verhandlungen zwischen den befreiten genossen, pfarrer albertz und dem staatssekretär des auswärtigen amtes ihrer regierung statt. der staatssekretär bekräftigte nochmals den entschluß seiner regierung, die befreiten genossen in der volksrepublik jemen aufzunehmen, wo sie sich völlig frei aufhalten könnten, die regierung gab ihr wort.

zeitungsberichten ist zu entnehmen, daß sich die o.gen. genossen in ihrem land doch nicht frei bewegen können, ja sogar in hausarrest unter aufsicht ihrer schutzorgane befinden. gerade in einem land, welches sich volksrepublik nennt, ist es unverständlich, daß sich nicht an beschlossene abmachungen gehalten wird. die fünf befreiten genossen haben sich in unserem land aktiv für die interessen des arbeitenden volkes eingesetzt und konsequent gegen den brd-imperialismus gekämpft.

es ist aufgabe eines anti-imperialistischen landes, menschen, die gegen den weltweiten imperialismus kämpfen, zu unterstützen und nicht dem feind aller unterdrückten völker auszuliefern.
wir fordern: uneingeschränkten aufenthalt und volle bewegungsfreiheit für die fünf genossen!

sollten sie ihr wort brechen und die obengenannten genossen ausliefern, werden alle anti-imperialisten dies nicht kampflos hinnehmen. bewegung der revolutionären linken in westberlin."

KÖLN (ID)

GRÜNDUNGSERKLÄRUNG DER "INITIATIVE PARTEI DER ARBEIT"

am 6. april 1975 hat sich nach einer zeit der grundsätzlichen klärung von weg und ziel der deutschen arbeiterklasse die "initiative partei der arbeit" (IPdA) gegründet. die gründungskonferenz der IPdA hat zusammen mit der politischen plattform und dem statut der organisation folgende erklärung verabschiedet:

die verschärfung der politischen und wirtschaftlichen krise der überlebten ausbeutergesellschaften, der vormarsch des faschismus in mehreren ländern und die wachsende gefahr eines weltkrieges bedrohen das internationale proletariat. zugleich bedeuten sie einen ungeheuren antrieb zu widerstand und gegenangriff. die geschichtliche chance, ausbeutung und krieg mit ihren wurzeln auszurotten, nimmt zu. die völker indochinas erringen in ihrem kampf für den sozialismus sieg auf sieg. an allen fronten verstärkt sich das ringen der unterdrückten um ihre vollständige und endgültige befreiung.

in westdeutschland hat eine minderheit von arbeitern begonnen, sich nach links zu wenden. noch ehe die arbeiterklasse sich unter dem banner des sozialismus geeinigt hat, unternimmt das finanzkapital mit terror und verhetzung den versuch, eine neue faschistische machtergreifung vorzubereiten. es sucht alle folgen der krise auf das volk abzuwälzen. das hinausrationalisieren, das ständige ansteigen der arbeitsbelastung, massenarbeitslosigkeit, kurzarbeit und inflation machen den sturz des lohnsystems für die arbeiterklasse immer mehr zum unumgänglichen, ersehnten ziel.

die alten parteien stehen vor ihrem moralischen und politischen bankrott. ein tiefgreifendes mißtrauen ihren versprechungen gegenüber hat eingesetzt. tausende von arbeitern kehren sich von der sozialdemokratie ab. trotz größter materieller unterstützung seitens der ddr und der sowjetunion ist die DKP eine einflußlose Sekte geblieben. die verschiedenen gruppen der kleinbürgerlichen linken stehen in einem prozess der auflösung und selbstaufgabe.

in dieser stunde, wo die sich zuspitzende krise des systems und die bürgerliche offensive gegen das volk die schaffung der revolutionären arbeiterpartei auf die tagesordnung setzen, hat sich mit der IPdA eine neue kraft gebildet, die einen ausweg aus zersplitterung und verzweiflung weist.

die IPdA geht unbeirrt ihren eigenen weg, weil die alten parteien versagt haben und außerstande sind, die um strauss gruppierten neuen faschisten aufzuhalten. allein die IPdA tritt entschlossen und konsequent ein für die geschichtlichen ziele der deutschen revolution:

für die verhinderung des faschismus, für die niederschlagung seiner auftraggeber, der beherrscher der fabriken und banken, für die errichtung der proletarischen demokratie, der unumschränkten herrschaft der arbeitenden über die schmarotzer, für die vertreibung aller besatzer, für neutralität und bewaffnete selbstverteidigung, für den sturz der herrschenden bürgerlichen klassen im westen und osten deutschlands, für die friedliche wiedervereinigung deutschlands in einer demokratischen volksrepublik.

die IPdA ruft alle fortschrittlichen proletarier, alle sozialisten auf, sich dem

völkerbefreienden kommunismus anzuschließen, sich in seinen reihen zu organisieren.
heute sind wir erst wenige, aber die zukunft gehört uns.
jeder lange marsch beginnt mit dem ersten schritt!
wir werden siegen!"

DOKUMENTATION

DOKUMENTATION
GIESSEN
8.mai

PROTOKOLL EINES ANHÖRUNGSVERFAHRENS

ein eindreiviertelstündiges verhör kann man nicht wort-, kann man nur sinngetreu wiedergeben. ich (hans roth) versuche das hier, freunde haben mich darum gebeten. ob eine tonbandaufzeichnung existiert, die die struktur des nun folgenden gesagten weitgehend bestätigen dürfte, weiß ich nicht. die namen der fragenden, finde ich, tun nichts zur sache; ich kürze sie hier mit f (wie verhör) ab. die antworten - oder besser: antwortversuche - erscheinen entsprechend unter a.

f: (liest mir ein schriftstück vor, das ungefähr besagt, daß das kultusministerium - oder vielleicht auch der kultusminister - mich auf meine politische zuverlässigkeit zu prüfen habe, bevor ich in den schuldienst übernommen werden könne, gegen mich lägen informationen vor, die bezweifeln ließen, ob ich bereit sei, jederzeit für die fdgo = freiheitlich-demokratische-grundordnung einzutreten.) "bitte erläutern sie ihren politischen standpunkt."

a: "ich habe keinen. ich finde, ein standpunkt ist ein gesichtskreis mit dem radius null, und den hoffe ich nicht zu haben."

f: erstmal pause. nach dem luftholen: "sie haben in einem vortrag am ... (datum weiß ich nicht mehr) in biedenkopf von "systemen organisierter friedlosigkeit" gesprochen, in denen wir angeblich leben (zitiert einem artikel, den ich nicht kenne, in einem biedenkopfer lokalblatt, über einen mindestens drei jahre alten vortrag). wie verträgt sich das mit der friedfertigkeit unserer fdgo, für die sie als beamter ja doch einzutreten haben?

a: "haben sie"friedfertigkeit"gesagt, habe ich sie richtig verstanden?"

f: "sie haben mich richtig verstanden."

a: "och, wissen sie, wer wie ich als offizier miterlebt hat, wie anti-demonstrantenzüge aufgestellt wurden, wie der bürgerkrieg systematisch vorbereitet wird, der kann da nur sagen: da lachen ja die hühner - friedfertigkeit? nein, nein, wir leben schon in einer guten bürgerlichen gesellschaft mit ihrer dazugehörigen gewaltförmigkeit, die manchmal übers normale hinaus übertrieben wird, so ins mehr faschistische hinein."

f: "da wären wir beim nächsten punkt: wie stehen sie zum prinzip der streitbaren demokratie?"

a: "was verstehen sie darunter?"

f: " wollen wir mal so sagen: sie kennen doch das wort oder schlagwort: keine freiheit für die feinde der freiheit!"

a: "ja. ich bin dagegen, daß feinde der freiheit, wie zum beispiel der arme teufel und faschist lischka so unbehelligt hier herumlaufen. damit meine ich nicht, daß er bestraft werden müsse oder gar liquidiert; ich denke hier ehermit adorno: den prozeß machen und dann laufen lassen. daß aber solchen feinden der freiheit gar nicht der prozeß gemacht wird, das finde ich eine versäumte chance, einen versäumten sieg über sich selbst und eine falsche toleranz."

f: "würden sie bitte ihr verhältnis zur dkp erläutern? sie haben bei konventswahlen auf einer liste spartakus/sfg kandidiert."

a: "ach so, sie denken an die dkp, wenn sie von feinden der freiheit sprechen. gar schön geschmacklos, meine ich, an alte kz-häftlinge zu denken, wenn von feinden der freiheit die rede ist; ich habe zuallererst einmal ne menge respekt für solche menschen übrig. anders ist das für mich bei den meisten spartakus-mitgliedern. das ist so eine mode geworden - eine verständliche zwar, aber solch eine für mich nicht akzeptable -, seine ware politische arbeitskraft zu verkaufen an eine organisation, die linke legitimation vorschießt, zugehörigkeitsversprechen zahlt und alles andere durchstreicht. wenn sie mich ganz konkret nach meinem verhältnis nach der dkp fragen, dann sage ich ihnen: die bedeutung dieser partei liegt für mich zu sehr darin, daß sie von moskau und berlin her denkt. auch habe ich zuviel wertschätzung für meinen freund und lehrer, den kommunisten wolf biermann."

f: "wie denken sie über unser prinzip der volkssouveränität?"

a: "finde ich prima, müßte nur in wirklichkeit umgesetzt werden. wissen sie, da, wo ich industriearbeit gemacht habe, wenn es da volkssouveränität gäbe, wenn da nicht ein deutscher arbeitsoffizier sechs griechische, spanische, türkische arbeitssklaven beaufsichtigen und rumkommandieren würde, das fände ich sehr gut. bin voll dafür.

f: "wie stehen sie zum rätesystem?"

a: "weiß ich nicht, ob das in hochkomplexen industriegesellschaften realisierbar ist. und spekulieren möchte ich nicht."

f: "ich meine das jetzt als gretchenfrage."

a: "gegen gretchenfragen habe ich was. seit ich gelernt habe, daß e r kennen wichtiger ist als b e kennen, habe ich was gegen gretchenfragen."

f: "würden sie unser grundgesetz, so wie es jetzt dasteht, voll unterschreiben - ich meine: würden sie jederzeit dafür eintreten? sie wissen ja, daß sich das nicht mit dem räteprinzip vereinbaren läßt. was halten sie von der gewaltenteilung, wie sie bei uns durchgeführt ist? oder noch genauer: was halten sie von der unabhängigkeit der justiz?"

a: "um mit dem letzten anzufangen: viel halte ich davon, fragt sich nur, wovon unabhängig. ich habe prozesse gegen jugendliche miterlebt, die sind völlig unabhängig vom stand der erkenntnis unserer rechts- und sozialwissenschaft geführt worden, völlig unabhängig vom wissen darum, daß kinder fehlen, weil ihnen etwas fehlt. vierzehnjährige, die zum erstenmal vor dem richter standen, bekamen zu hören: diesen schock mußt ihr haben. jugendstrafe auf unbestimmte dauer. das ganze unter ausschluß der öffentlichkeit - aber als juristen wissen sie das ja; wie denken wie eigentlich darüber?"

f: "mhm."

a: "und sie?"

f: "mhm."

a: "naja. und dann zur gewaltenteilung. das war mal gut gedacht, geradezu revolutionär, als antifeudale forderung. vielleicht hat ihr dienstherr, herr von friedeburg, da einiges kluge darüber geschrieben, ich weiß das nicht so genau, nehme das aber an. immerhin dürfte er darüber soviel wissen, daß er sich als kultusminister besser ans prinzip gehalten hätte und nicht jetzt mir so einen prozeß machen läßt. - ich sehe, sie notieren sich da was. kann ich das mal sehen?"

f: "das geht nicht, das sind unsere notizen, wi r müssen aufgrund dieser notizen in wiesbaden vortrag halten."

a: "okay, kann man nichts machen. nur weiß ich jetzt nicht, ob sie festgehalten haben, daß ich hier von konkreten dingen rede und anschließend zu differenzieren versuche, oder ob sie nach schema f notieren: paßt nicht ins kästchen - negativ. sie wissen ja: mit halben wahrheiten kann man ganz schön lügen, und sie notieren ziemlich wenig."

f: "wir werden schon objektiv sein!"

a: "hoffen wir das beste."

f: "wie stehen sie zur notstandsverfassung?"

a: "ganz konkret: den artikel 87a finde ich schlimm, aber das dürften sie ja aus ihrer akte wissen."

f: "als lehrer, wie stehen sie da zum artikel 87a?"

a: "abseits. - können sie sich vorstellen, als lehrer mit diesem artikel in berührung zu kommen?"

f: "nein, ich meine auch, wie sie einen unterricht dazu durchführen würden."

a: "ich würde erst zu informieren versuchen über unsere sozialgeschichte und die verfassungsgeschichte darin, also vertikal von hinten nach vorn, dann horizontal informieren über die verfassungen anderer länder im zusammenhang mit deren gesellschaftsentwicklungen. ich kann mir vorstellen, daß unsere verfassung von 1949 dann relativ günstig dastünde."

f: "günstig?"

a: "ja, vielleicht überrascht sie das. wenn sie mich schon für einen radikalen halten, dann bitteschön für einen konservativen, der an der erhaltung des menschengeschlechts im allgemeinen und an der erhaltung unserer verfassung von 1949 - und nicht an den verschlechterungen durch die notstandsverfassung - interessiert ist."

f: "sie identifizieren sich also mit unserem system?"

a: "zunächst ja. ich glaube nicht, daß man aus einer geschichte oder einer gesellschaft austreten kann. ich halte es für möglich, auf dem boden der überlegungen, die zum grundgesetz von 1949 geführt haben, zu politisch schöneren zukünften zu kommen. zu zukünften, in denen eigentum verpflichtet, und zwar nicht zu noch mehr und noch mehr eigentum oder noch mehr und noch mehr profit."

f: "wie denken sie über bewaffnete demonstrationen?"

a: " meinen sie die demonstrationsmassenstreiks 1920 oder sowas?"

f: "nein - berlin, studenten und so"

a: "sie meinen also die tegeler steinwurfdemonstration?"

f: "ja zum beispiel. billigen sie die?"

a: "was heißt hier billigen . zunächst mal weiß ich darüber zu wenig, die berichterstattung ließ kein begründetes urteil zu. wenn es stimmt, daß überhaupt keine werteschaffer dabei waren, finde ich das ne isolierte und damit elitäre geschichte. gerade studenten hätten da an der geschichte der arbeiterbewegung nützliches lernen können, beispielsweise die so sehr um sympathiewerbung bemühte revolte an der ruhr 1920. von daher ist mir die studentenrevolte in tegel mehr als verdächtig, geschichtslos und unakzeptabel. wenn die informationen stimmen."

f: "angenommen, es kommt bald zu ähnlichen bewaffneten demonstrationen wie 1920: würden sie die billigen?"

a: "ganz schön spekulativ, ihre frage. wissen sie, ich lüge mir lieber nichts über revolutionäre oder vorrevolutionäre situationen in die tasche, um ihnen das dann nachher als wahrheitsfindung von mir zu verkaufen. dafür habe ich ein kleines bißchen zuviel unmittelbar mit den werteschaffern zu tun, um mich hier spekulativ über ein eingebildetes revolutionäres subjekt zu äußern. also 1920 wiederholt sich nicht. wenn sie aber lust haben, können wir jetzt über die dritte welt reden .."

f: "nein, mir gehts um studenten, die gewalt anwenden und um die reaktion der staatsgewalt darauf. unterstützen sie die aktionen des staates?"

a: "wieder so ne frage vom grünen tisch. ich werde ihnen wieder was darauf erzählen, was konkretes. übrigens muß ich mal fragen: ist das so richtig, wenn ich so konkret werde, oder setze ich mich damit ins fettnäpfchen? ich bin nämlich kein profi in solchen verhandlungen."

f: "(nach einem blick zum kollegen) wir auch nicht!"

a: "na schön. also ich habe mal in meiner offizierszeit im generalkommando in münster mitgekriegt, wie ein vortrag von rudi dutschke in münster erwähnt wurde und daraufhin spanische reiter fürs generalkommando

angefordert wurden. ganz schön massiver kommunikationsbruch, finden sie nicht auch?"

f: keine antwort.

a: "ich finde das ziemlich unverhältnismäßig, diese reaktion - sie nicht?"

f: schweigende zustimmung.

a: "sehn sie, und so ist das einige male gewesen zwischen studenten und staatsgewalt: die einen leben im wahn, die machtfrage zu stellen, und die anderen brauchen offenbar den wahn, daß die machtfrage tatsächlich gestellt wird. als lehrer werde ich da einiges zu beackern haben, denke ich. - ja, ja, der realitätsverlust, da wie hier..."

f: "wie meinen sie das?"

a: "sie haben mich jetzt gut anderthalb stunden darauf abgeklopft, ob ich bereit bin, jederzeit für so ein abstraktes ding wie die fdgo einzutreten. wirklichkeitsnäher und politisch schöner wär's gewesen, sie hätten den examinierten lehrer so lange über seine bereitschaft geprüft, jederzeit für kinderwünsche und kinderinteressen einzutreten."

f: "wenn sie jetzt noch eine persönliche erklärung abgeben möchten, bitte."

a: "danke, mein geschick in ihre hände."

f: "nein, nicht unsere - die des kultusministers."

das protokoll entnahmen wir einem info des gießener asta. zur zeit arbeitet der asta an der zusammenstellung einer umfangreichen dokumentation zum fall hans roth. bestellungen: asta der justus liebig-universität, 63 gießen, leihgesterweg 16.

DOKUMENT
BERLIN (ID)

## ERFAHRUNGSBERICHT EINER WOHNGEMEINSCHAFT - INITIATIVE

"wg-initiative zur bildung von wohngruppen trifft sich wieder sonntag..." wird seit einem halben jahr fast jede woche im extradienst inseriert. im laufe der zeit kamen ca. 200 leute zu den treffen, die jedoch nach und nach wieder wegblieben. warum? lag es an der organisationsform? waren wir zuviel oder zuwenig leute? lag es an unserer kommunikationsform? waren die erwartungen zu verschieden?

eine feste organisation der gruppe gab es nicht. auf das inserat hin trafen sich jedesmal ca. 20 leute. das treffen fand jeweils bei leuten statt, die entsprechende räume hatten, wodurch die gruppe von bestimmten personen abhängig wurde. die zusammensetzung war jeden sonntag verschieden. in der ständigen fluktuation bestand eine weitere schwierigkeit. zwar versuchten wir, den "neuen" unsere unterschiedlichen erwartungen zu erklären und sie irgendwie einzubeziehen, aber andererseits wollten die "alten" ihre beziehung zueinander vertiefen. um diese beiden interessen in einklang zu bringen und die gruppen miteinander zu verbinden, hielten wir zwanghafte rundgespräche aufrecht, in welchen jeder versuchte, sich vorzustellen und seine ideen vom gemeinsamen wohnen zu entwickeln. mit dieser art der kommunikation waren wir unzufrieden, weil sie oberflächlich und undifferenziert blieb. es herrschte eine angstbesetzte situation, in der jeder meinte, sich gut, lustig und "pflegeleicht" (d.h. ohne probleme) der gruppe präsentieren zu müssen.

um diese marktsituation zu entschärfen, bemühten wir uns von nun an, die bedürfnisse der jeweils anwesenden personen herauszufinden und uns auf diese einzustellen. zum beispiel wurde in kleinen gruppen diskutiert, informationen ausgetauscht, musik gemacht, gemeinsame veranstaltungen geplant. wir meinten, daß ein abend in der woche nicht ausreiche, um sich besser kennenzulernen. so trafen sich einzelne leute auch innerhalb der woche. weitergehende pläne, wie gemeinsame wochenenden, fielen dann doch ins wasser. es gelang uns aber in dem chaos der ständig wechselnden teilnehmer nicht, die kontakte so zu intensivieren, daß sich wohngruppen bildeten. also schlossen wir die gruppe vorerst, um mehr ruhe und verbindlichkeit zu erreichen. zu unserer enttäuschung waren wir bald zu einem kleinen, frustrierten haufen zusammengeschmolzen. an diesem tiefpunkt versuchten wir, die gründe für das wegbleiben vieler herauszufinden. es stellte sich heraus, daß u.a. die erwartungen sehr verschieden waren. sie reichten vom bedürfnis nach kneipenähnlichem zeitvertreib über ausschließlich politische interessen bis hin zum anspruch auf prompte bildung einer wohngruppe. andere kamen nicht wieder, weil sie meinten, nicht die richtigen leute getroffen zu haben, oder weil persönliche schwierigkeiten sie gerade voll beschäftigten. wir hatten auch einige erfolge zu verzeichnen. 6 leute fanden sich spontan sympatisch und begannen mit der wohnungssuche. mehrere leute konnten ihre akute wohnungsnot lösen (z.t. vorübergehend), indem sie bei wg-leuten einzogen. für alle beteiligten der wgi hat sich auch einiges geklärt, was die vorstellung vom zusammenwohnen betrifft; zu hochgesteckte ansprüche wurden reduziert und unklare erwartungen präzisiert. wir haben eigentlich alle etwas dazugelernt über das verhalten in der gruppe, wie z.b. den abbau von kommunikationsschwierigkeiten. trotz allem finden wir gut, daß ein kern von leuten zusammengehalten hat und weitermachen will. für die zukunft gehen wir davon aus, daß alle, die bei der initiative mitmachen, ein gemeinsames interesse haben: zusammenwohnen. die wgi bietet die voraussetzung für die bildung von wohngruppen: man lernt leute kennen, mit denen man zusammenziehen will und sucht sich dann entsprechende wohnungen, wobei die ganze initiative unterstützend mithilft. wir wollen uns weiterhin als eine offene gruppe verstehen, die mit und von den leuten lebt, d.h. jeder soll mitbestimmen und mitwirken.

(aus: info bug 54)

DOKUMENT
Bochum (ID)

## UNSER PROGRAMM - FORDERUNGEN DER LISTE 2

mit folgenden forderungen stellte sich bei Opel die liste für die belegsschaftsforderungen zur betriebsratswahl und erhielt 12 sitze:

1. Teil: aktuelle forderungen der belegschaft: 1. 6 - 14, 14 - 22 uhr mit bezahlter pause! 2. kein sonderschichtenzwang!

ausreichender lohn bei 4o std. ! als langfristiges ziel: 7 stunden-tag bei vollem lohnausgleich! 3. voller lohn bei kurzarbeit! 4. keine entlassungen! 5. keine befristung der arbeitsverträge! umwandlung der 3-monatsverträge in normale arbeitsverträge! 6. keine zwangsumsetzungen! kein lohnverlust bei umsetzungen! 7. runter mit dem arbeitstempo! 8. ausreichende klimaanlagen und bessere sanitäre anlagen! 9. ausreichende pausenräume und sitzgelegenheiten für alle! 10. mehr prozente für neuwagen! 11. für die lohnauszahlung fordern wir: neben der vollen erstattung der kontogebühren eine entschädigung von dm 10,-- (lohn ist eine bringeschuld. wir dürfen durch das abholen weder zeit noch geld verlieren). 12. übernahme aller lehrlinge in ihren ausbildungsberuf nach abschluß der lehrzeit! 13. gleiche behandlung für alle kollegen, keine diskriminierung der ausländischen kolleginnen und kollegen! menschenwürdige wohnheime! betriebliche sprachkurse für ausländische kollegen!
2. Teil: zur durchsetzung der forderungen: "berechtigte forderungen.... - aber wie setzen wir sie durch?" auf diese frage muß euch jeder betriebsratskandidat antworten. die arbeit der betriebsräte, als gewählte belegschaftsvertretung, sollen nach den bestimmungen des betriebs-verfassungs-gesetzes (bvg) erfolgen. ist das bvg ein hilfsmittel für die belegschaft zur durchsetzung unserer forderungen oder ein hilfsmittel fürs kapital zur unterdrückung der belegschaftsforderungen?
die wesentlichen §§ lauten: 1) § 74: "arbeitgeber und betriebsrat haben betätigungen zu unterlassen, durch die der arbeitsablauf oder der frieden des betriebes beeinträchtigt werden." hätten wir z.b. das weihnachtsgeld durch verhandlungen des betriebsrates mit der geschäftsleitung am grünen tisch durchgesetzt? nein! aber die betriebsräte sollen mit diesem paragraphen gezwungen werden, den gemeinsamen solidarischen kampf für unsere forderungen zu verhindern. deshalb: die ganze belegschaft, erst recht die kandidaten für den betriebsrat, müssen dafür eintreten: die friedenspflicht muß weg!

2) § 79: "die mitglieder und ersatzmitglieder des betriebsrates sind verpflichtet, betriebs- oder geschäftsgeheimnisse, die ihnen wegen ihrer zugehörigkeit zum betriebsrat bekannt geworden und vom arbeitgeber ausdrücklich als geheimhaltungsbedürftig bezeichnet worden sind, nicht zu offenbaren und nicht zu verwerten." ist es im interesse der belegschaft, wenn z.b. betriebsräte über anstehende entlassungen unterrichtet werden und die kollegen nicht darüber informieren dürfen? nein! damit soll doch nur eine gegenwehr der belegschaft unterdrückt werden. deshlab: die ganze belegschaft, erst recht die kandidaten für den betriebsrat, müssen dafür eintreten: die schweigepflicht muß weg!

3) § 104: "entfernung betriebsstörender arbeitnehmer": "hat der Arbeitnehmer... den betriebsfrieden wiederholt ernstlich gestört, so kann der betriebsrat vom arbeitgeber die entlassung oder versetzung verlangen!" diesen paragraphen hat z.b. der perschke-betriebsrat mit 33 stimmen angewendet, um bei der geschäftsleitung selbst die fristlose entlassung von rudi wischnewski zu fordern! ist der betriebsrat ein instrument, um klassenkämpferische kollegen selbst anzugreifen, oder um sie zu schützen? mit diesem paragraphen soll der betriebsrat zum polizisten des kapitals gemacht werden. deshalb: wir alle, erst recht die kandidaten für den betriebsrat, müssen dafür eintreten: keine repressalien gegen kämpferische kollegen!

die verteidiger des bvg werden sofort einwenden: "aber der betriebsrat hat doch auch mitbestimmungsrechte!" das beispiel der "mitbestimmung bei kündigungen" (§102) zeigt den wert solcher bestimmungen: der betriebsrat kann "bedenken" anmelden oder "widerspruch" einlegen, trotzdem aber kann der unternehmer die entlassung durchführen, und der betroffene kollege soll sich auf das arbeitsgericht verlassen. hier haben z.b. kollegen, die wegen "zu häufiger krankheitszeiten" oder konsequenten einsatzes, etwa auf belegschaftsversammlungen, entlassen werden, von vornherein keine chance. ein kämpferischer betriebsrat muß selbstverständlich jeder gesetzliche möglichkeit des widerspruchs und der beschwerde gegen den unternehmer für die belegschaft ausnutzen. aber: wollen die kollegen einer kolonne, abteilung oder eines betriebes sich solidarisch gegen eine maßnahme des kapitals wehren, dann soll der betriebsrat durch die "friedenspflicht" und die pflicht zur "vertrauenvollen zusammenarbeit" mit dem unternehmer, (§2) gefesselt werden!

3. Teil: forderungen zur sofortigen verbesserung der br-arbeit bei opel und für die kontrolle des br durch die belegschaft: 1) bekanntgabe der abstimmungsergebnisse des betriebsrates. (der perschke-betriebsrat hat 1972 in seiner sich selbst gegebenen geschäftordnung mit mehrheit festgelegt: "allen br-mitgliedern wird es zur pflicht gemacht, über abstimmungsergebnisse und darüber wie die einzelnen br-mitglieder gestimmt haben, äußerstes stillschweigen zu bewahren." !) 2) bereitschaftsdienst der betriebsräte für die spät- und nachtschicht! 3. keine sonderzuwendungen für die betriebsräte! schluß mit der 30-punkte-bevorteilung für betriebsräte! 4) bei den belegschaftsversammlungen: mikrofone, in den saal! sofortige stellungnahme des betriebsrates, nicht erst im schlußwort! 5) regelmäßige krankenhausbesuche des betriebsrates! 6) bereitschaft der betriebsräte jederzeit zurückzutreten, wenn die mehrheit der kollegen (z.b. auf belegschaftsversammlungen) das mißtrauen ausspricht!

diese forderungen können mit einer fortschrittlichen mehrheit im betriebsrat sofort verwirklicht werden! über die aktuellen belegschaftsforderungen hinaus gibt es forderungen der arbeiterschaft, die in einem betrieb kaum durchsetzbar sind, sondern den kampf der gesamten arbeiterschaft erfordern. wir kollegen, die betriebsräte werden wollen, wollen uns dafür einsetzen, daß gerade aus den großbetrieben wie opel der einheitliche druck für diese dringenden forderungen verstärkt wird.

4. Teil: gewerkschaftliche forderungen der gesamten arbeiterschaft:
1. gleicher lohn für gleiche arbeit, für männer und frauen, dür deutsche und ausländische arbeiter! 2. weg mit dem spalterischen punktesystem! gleiche zulage für alle! 3. 6 wochen mindesturlaub, 2 wochen bildungsurlaub! 4. steuerfreier 13. monatslohn! 5. erhöhung und sofortige auszahlung des arbeitslosengeldes, abschaffung der sperrlisten! 6. gegen die illegalisierung von streiks! streikrecht auch für die lehrlinge! 7. gleiches recht für deutsche und ausländische arbeiter! weg mit den diskriminierenden auslxndergesetzen! 8. für lineare lohnerhöhungen! kein tarifabschluß ohne urabstimmung mit einfacher mehrheit! 9. für die innergewerkschaftliche demokratie! gegen die unvereinbarkeitsbeschlüsse und die ausschlüsse kämpferischer kollegen aus der gewerkschaft! für die wiederaufnahme der ausgeschlossenen kollegen!

**DOKUMENT**
**BOCHUM (ID)**
**anfang mai**

**"AN DIE BELEGSCHAFT: KEINE STIMME DEN SPALTERN"**

in diesem flugblatt-text erklärt die ig-metall-führung, warum es bei opel keine belegschaftsliste und keine persönlichkeitswahl gab.

"liebe kolleginnen, liebe kollegen!
die ig-metall hat den grundsatz einheitlicher interessenvertretung immer als richtlinie ihres handelns angesehen: arbeiter und angestellte, frauen und männer, deutsche und ausländer, jüngere und ältere vertreten in der industriegewerkschaft metall gemeinsam ihre interessen. denn einigkeit macht stark. so soll es auch bei den betriebsratswahlen in den opel-werken bochum sein. deshalb haben sich arbeiter und angestellte zu gemeinsamer wahl bekannt.

wie wurden die kandidaten der ig-metall aufgestellt?
die kandidaten wurden nach dem prinzip der einheitsgewerkschaft ausgewählt. dabei wurden die richtlinien für die vertrauensleutearbeit der ig-metall ebenso bedacht wie die gesetzlichen bestimmungen. in vorwahlen haben eure vertrauensleute in ihren wirkungsbereichen die kandidatenvorschläge ermittelt. aus dem gesamten werk sind 116 kandidatenvorschläge den 446 vertrauensleuten der vollkonferenz zur entscheidung vorgelegt worden. nach eingehender diskussion bestimmten sie in geheimer demokratischer wahl die reihenfolge der kandidaten. mit diesem verfahren haben eure vertrauensleute dem willen der gesamten belegschaft ausdruck verliehen.

warum sind die spalter "schaumburg & co" nicht unter den ig-metall-kandidaten?
weil schaumburg, schmitz, auffermann und lang wegen gewerkschaftsschädigenden verhaltens auf lebenszeit aus der ig-metall ausgeschlossen wurden; weil die akademiker schaumburg und schmitz, als arbeiter getarnt, unentwegt die ziele der revolutionären gewerkschaftsopposition im betrieb verfolgen und nach ihrem kampfprogramm gewerkschaften und unsere arbeitsgesetze zerschlagen wollen; weil sie mit ferngesteuertem auftrag die solidarische basis der arbeitnehmer im betrieb zerstören wollen und damit den arbeitgebern in die hände arbeiten; weil sie sich geschworen haben , die ewig-unzufriedenen zu sammeln und für ihre politischen zwecke zu mißbrauchen; weil sie in den vergangenen jahren die ig-metall und eure betriebsratsmitglieder in reden und anonymen flugschriften ständig verleumdet, diffamiert und unsachlich angegriffen haben

warum keine "belegschafts"-liste bei opel bochum?
weil schaumberg & co den politischen auftrag haben, die ig-metall zu zerstören und die erfolgreiche betriebsratsarbeit in unzulässiger weise abzuwerten; weil die revolutionäre politik der kpd/ml mit dem ziel, unseren demokratischen staat zu stürzen, nicht unterstützt werden darf; weil es keine gemeinsamkeit geben kann zwischen erklärten gewerkschaftsgegenern und unserer organisation; weil die ig-metall als gemeinsame interessenvertretung der arbeitnehmer verpflichtet ist, undemokratischen zielsetzungen mit aller entschiedenheit entgegenzutreten und weil die ig-metall mit gewerkschaftsgegnern auf einer sogenannten "belegschafts"-liste - wie schaumberg & co sie verstehen - niemals zusammengehen wird.

wer hat also die persönlichkeitswahl verhindert?
in einem demokratischen verfahren hat die ig-metall 116 kandidatenvorschläge für eine persönlichkeitswahl dem wahlvorstand eingereicht. diese persönlichkeitswahl wurde durch die einreichung der liste schaumberg zunichte gemacht. auch haj kheder, zwierschowski, schemel und romero-perez haben, obwohl ig-metall-mitglieder, durch den wechsel zur liste schaumberg mitgewirkt, die persönlichkeitswahl zu verhindern. anders als eure vertrauensleute haben die schaumberg & co im hinterstübchen einer kneipe mit kpd-funktionären und politisch hilfswilligen ihre liste produziert. das sind die tatsachen! wer schaumberg & co wählt, der wählt die spalter der arbeitnehmerschaft und unterstützt die kpd/ml sowie deren hintermänner.

deshalb keine stimme den spaltern.
gebt den bewährten und zuverlässigen kolleginnen und kollegen der liste 1 eure stimme."

hinweis für alle id-abonennten!
beachtet bitte bei der überweisung der abo-gebühren, daß sich unsere postscheckkonto-adresse geändert hat.
die neue adresse lautet:

frankfurter informations-dienst e.v.
6 frankfurt 90
postscheckkontonr.: 52 52 28 - 602